

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weitzten, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rothen.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend  
Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 276. 84. Jahrgang.

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Sonnabend, 28. November 1925

## Räumungsfünfte.

Man muß sagen, daß die Franzosen und Belgier die Abmachung von Locarno vorläufig noch merkwürdig aufpassen. Es ist bekanntgeworden, daß z. B. die französische Besatzungsstruppen, die jetzt in Bonn stehen, bei der Räumung der nördlichen Zone nach Trier übersiedeln sollen. Hunderte von Wohnungen sollen dort freigemacht werden für die hinzukommende Besatzungsstruppe, allein drei Villen für französische Generale. Außerdem hat der Zentrumsgesandte von Guérard im Reichstagsauschuß für die besetzten Gebiete mitgeteilt, daß von der belgischen Besatzungsbehörde der Stadt Verviers mitgeteilt worden ist, es müßten für drei Bataillone belgischer Infanterie Quartiere bereitgestellt werden. Ebenfalls verlangt in Trier der belgische Distriktskommandant 14 Wohnungen für die Verstärkung der Garnison nach Räumung der ersten Zone. Daraufhin hat die Reichsregierung protestiert gegen diesen Versuch, die Besatzungsstruppen der ersten Zone einfach in der zweiten oder dritten unterzubringen, wie man es in Trier versucht und vermuthlich in anderen Städten dieser Zonen versuchen wird. Auch gegen die Verstärkung der Besatzungsstruppen in Trier ist deutscherseits in Paris Protest eingelegt worden, und Herr v. Hoersch hat bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck gebracht, daß es sich weder mit dem Geist noch mit dem Buchstaben von Locarno vertragen werde, wenn die Truppen der ersten Zone jetzt einfach in der zweiten oder dritten Zone untergebracht würden.

Zu diese überaus existenz-Dinge spielt aber eine fast überaus wichtige Angelegenheit hinein. Vor kurzem sind aus dem Rheinland ein paar hundert französische Offiziere mit Unteroffizieren nach Syrien und Marokko verlegt worden. Vermuthlich hat es sie nicht gerade mit großer Freude erfüllt, daß sie die schönen Rheinlande mit jenen doch reichlich unangenehmen, vor allem stark „eisenhaltigen“ Wegen vertauschen mußten. Ihre Angehörigen blieben im Rheinland zurück, und nun haben ihnen die englischen Quartiermacher in Wiesbaden auch noch die Wohnungen weggenommen. Der französische Kriegsminister hat Wohnungen nicht bereitgestellt, diese Angehörigen sind auch noch nicht abtransportiert worden und nun — sind sie obdachlos. Man denke: diese Angehörigen Frankreichs sind obdachlos im besetzten Deutschland. Da kann man es verstehen, wenn das „Echo de Paris“ von „unerhörten Zuständen“ redet.

Es herrscht für die Deutschen eine derartige Wohnungsnot im besetzten Gebiet infolge der maßlosen Ansprüche der Besatzungsbehörden, daß es dem Herrn Guérard, dem Präsidenten der Rheinlandkommission gar nicht darauf ankommen wird, ein paar hundert deutsche Familien aus ihren Wohnungen hinauszuwerfen zu lassen damit jene Angehörigen ungelesen ihren Schmerz über die Trennung von den Ihrigen beweisen können. Aber natürlich in einer Sechszimmer-Wohnung. Im Reichstagsauschuß für die besetzten Gebiete ist einstimmig ein Antrag angenommen worden, die Regierung aufzufordern die Stärke der Besatzungsstruppen feststellen zu lassen. Man hätte diesen Antrag noch dahin erweitern sollen, daß auf die Anzahl der französischen Angehörigen (mit und ohne Führungsstärke) festgesetzt wird. Wie ein Heuschreckenschwarm haben sich Tanten und Nichten, Anstinnen und solche die es zu sein behaupten, im Gefolge der französischen Besatzungsstruppen über das Rheinland ergossen, und für alle, alle mußten Quartiere besorgt werden.

Grundsätzlich hat die französische Regierung eine stark Herabsetzung der Zahl der Besatzungsstruppen zugeagt. Leider ist ohne weiteres damit zu rechnen, daß man sich französischerseits an die Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht hält, wonach die Zahl der Besatzungsstruppen nicht größer sein soll als die Zahl der früheren deutschen Truppen, die im Rheinland standen. Beispielsweise hat vor dem Kriege in Trier ein einziges Kavallerieregiment bestanden, jetzt soll eine ganze französische Kavalleriedivision hinkommen. Und natürlich mit Sad und Pack und angehörigen „Anstinnen“. Drei Infanterieregimenter und ein Feldartillerieregiment standen vor dem Kriege in Trier; jetzt soll etwa ein halbes Armeekorps in dieser Stadt untergebracht werden, und zwar zu den Truppen hinzu, die dort schon in großen Massen garnisonieren.

Es ist also überaus notwendig, daß die deutsche Regierung mit allen Mitteln dafür sorgt, die Besatzungsstruppen auf eine wirklich unbedingt notwendige Zahl zurückzuführen zu lassen, damit die bisherige Wirtschaft am Rhein endlich einmal auf das Maß zurückgeführt wird das vernünftig erscheint, wenn man glaubt, an der Besetzung überhaupt festhalten zu müssen.

## Die Lage in China.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“

Peking. Der Versuch des Generals Kuanglung Wu den zu besetzen und Tschangtschun gefangenzunehmen, ist offenbar bisher nicht geglückt. Zuverlässigen Nachrichten zufolge hat jedoch Kuanglung 100.000 Mann seiner Gegner gefangen genommen; er gilt als einer der fähigsten mandchurischen Generale. Tschangtschun hat nur noch 50.000 Mann zu seiner Verfügung.

## Die Locarno-Berträge in 2. Lesung angenommen.

### Deutscher Reichstag.

(126. Sitzung.) CB. Berlin, 26. November.

Nach interessentem Tage von gestern war heute die Sitzung im Reichstage wieder auf ziemlich hohe Höhe gestiegen, denn es begann die

### zweite Lesung der Locarnogefetze.

Das Haus ist gut besetzt und die Tribünen sind überfüllt. Als erster Redner führte der Abg. Dr. Landsberg (Soz.) aus, daß seine Partei das Wort von Locarno begrüßt und sich zum Pazifismus bekennet. Die Deutschnationalen hätten zuerst alle auf den Abschluß des Locarnopactes zielenden Schritte unterstützt, aber im letzten Augenblick die Regierung verlassen, aus Furcht vor der Verantwortung. Jetzt, nachdem der Vertrag paraphirt sei, würde ein Scheitern geradezu eine Katastrophe bedeuten. Denn es würde Deutschland zu der Last des Versailler Vertrages noch das denkbar größte Mißtrauen in die deutsche Politik bringen. Auch die Sozialdemokraten stimmten nicht mit voller Begeisterung dem Locarnopact zu. Er würde für sie erheblich an Wert gewinnen, wenn die Befestigung des Rheinlandes möglichst schnell vollzogen werden würde. Das Mißtrauen der Deutschnationalen in die Versprechungen der Vertragsgegner sei bei ihnen begreiflich, aber sie sollten lernen, daß es auch Reue gibt, die ihr Wort halten. Die Sozialdemokratie dürfe nicht an irgendeine Feindseligkeit an Anstand. Auch die Regierung denke sicherlich nicht daran, denn kein Krieg könnte in Deutschland unpopulärer sein, als der gegen Rußland. Der Redner meinte dann, daß eine Zweidrittelmehrheit für diese Vorlage nicht erforderlich sei. Abg. Wankel (Dn.) meinte, wenn der Abg. Landsberg die deutschnationalen Politik ungerührt als unrichtig bezeichnen dürfe, so sei das bezeichnend für das jetzige Niveau des Reichstages. Abg. Dr. Scholz hätte den Deutschnationalen die beiden Straßenspaläste empfohlen: „Nimm Rücksicht auf andere“ und „Springe nicht während der Fahrt ab“. Das erkläre akzeptieren sie gern. Es sollte in den Zimmern aller Fraktionen hängen. Die Deutschnationalen seien ausgereizt an der Haltung Locarno „unabhängig“. (Lebhafte Beifall bei den Deutschnationalen.) Was als Vorwort einer Annahme des Vertrages geschilbert werde, sei doch recht zweifelhafter Natur. Man sagt, Deutschland werde einen Sitz im Völkerbund erhalten. Ein gleicher Sitz solle aber auch Polen zugestimmt werden. Jetzt werde Deutschland das zugemutet, was man nach Bismarcks Ausspruch Frankreich für den Frankfurter Frieden nicht zumuten konnte, nämlich bide freiwillige Jurist Frieden nicht zumuten konnte, nämlich die freiwillige Anerkennung. Aus dem Deutschland geraubten Cupen seien der Partei Aufdriften zugegangen, in denen vor der Annahme des Vertrages gewarnt werde. Das Deutsche Reich dürfe seinen Vertrag unterzeichnen, der auch nur die Deutung zulasse, als ob damit ein

neues Anerkennnis des Versailler Diktats und ein freiwilliger Verzicht auf deutsches Land

ausgesprochen werde. Aber die Gegenseite in der Interpretation hätten sich die deutschen Unterhändler mit den Vertretern der anderen Vertragsmächte auseinandersetzen sollen, ehe sie den Vertrag unterschrieben. Wenn ein alter Rheinländer, wie der eheliche und mutige Justizminister Dr. Frenken, die Regierung verlassen habe, weil er mit Locarno unter seinen Umständen einverstanden sein könnte, so müsse das zu denken geben. Die Deutschnationalen wollten nicht durch die Annahme des Locarnopactes der Zukunft die Freiheit in eine bessere Zukunft des Vaterlandes versperren. (Händeklatschen bei den Deutschnationalen.)

Abg. Schaeffer (Komm.) führte aus, die Deutschnationalen Opposition gegen Locarno beruhe nur darauf, daß der deutschnationalen Bourgeoisie das Gedächtnis zu unglücklich erweise. Das Versailler Diktat hätten die Deutschnationalen schon mit ihrer Zustimmung zum Dawes-Pact anerkannt. Nur von den Kommunisten würde konsequent und ehrlich der Kampf gegen den Versailler Vertrag und gegen das imperialistische Finanzkapital Westeuropas und Amerikas geführt.

Dr. Deuburg (Dem.) führte aus, die Deutschnationalen trieben heute eine Politik, die bedenklich an die verhängnisvolle Außenpolitik Hoffmeins erinnere. Wie auch die Abstimmung ausfallen möge, ob positiv oder negativ, in der Frage des Diktats Deutschland. Die Welt nach Locarno sei nicht mehr die Welt vor Locarno. Locarno bedeute einen Umweg, der sich hätte vermeiden lassen, wenn Deutschland rechtzeitig in der Völkerbund eingetreten wäre. Die Bedenken über den Völkerbund würden am besten zerstreut werden, wenn Deutschland erst

gleichberechtigtes Mitglied des Völkerbundes sei. Die Befürchtung, daß Deutschland damit eine Option für den Westen gegen den Osten Europas vornehme, sei durchaus unbegründet. Auf Bismarck könnten sich die Deutschnationalen nicht berufen. Der wolle den Faden zu Ruffen nicht zerbrechen, hatte aber gleichzeitig die Verbindung mit Westeuropa geschnitten. Die Deutschnationalen trieben eine Politik der Isolierung Deutschlands, die der Bismarckschen Politik durchaus widerspreche.

Abg. Hampe (Wirtsch. Vereinig.) folgerte aus der Debatte, daß keine Fraktion aus vollem Verzagen dem Locarno-Abkommen zuzuble. Auch in seiner Fraktion beständen Meinungsverschiedenheiten. Die darin befindlichen Deutschen hannoveraner und der Bauerbund, für die er spreche, hätten immer gefordert, daß die Politik der Gewalt durch die Politik des Rechts ersetzt werde. Sie hegten aber gegen den Locarnopact das große Bedenken, daß er als ein neue Bestätigung des Versailler Diktats gedacht werden könnte. Weil sie die gewalttätige Annexion deutschen Landes auch im Beszen nicht anerkennen wollten, darum hätten sie gegen die Entsendung von Unterhändlern nach Locarno gestimmt. Nach den Erklärungen der Gegenseite aber seien die Bedenken

in dem einen Punkte zerstreut, daß nämlich die Unterzeichnung als eine neue Anerkennung des Versailler Diktats betrachtet werden könne. Große Enttäuschung hätte aber die ungenügende Berücksichtigung der Rückwirkungen bedeutet. Die Idee des Völkerbundes sei ihnen grundsätzlich durchaus sympathisch, aber sie wollten nicht jetzt, wo man noch gar nicht wisse, wie die künftige Regierung ausfalle, eine solche Ermächtigung geben. Sie möchten daher ihre Zustimmung zu der Vorlage davon abhängig machen, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund durch ein besonderes Gesetz zu erfolgen habe. Der Redner verneinte schließlich die Frage, daß es sich bei der Locarnofrage um ein verfassungsänderndes Gesetz handle.

Abg. Dr. Bayersdorfer (Bayr. Rp.)

betonte: Die Platz gleiche augenblicklich einem ungeheuren Wankergelände. Erschütternd wirkte insbesondere auch die Anwerbung der deutschen Jugend auf deutschem Gebiet für die französische Fremdenlegion. Es sei Pflicht der Reichsregierung, diesem Zustand ein Ende zu bereiten. Falls das Vertragswerk von Locarno überhaupt Bestand haben solle, müsse die Aufhebung der Besatzung oder wenigstens eine klare Festlegung der Fristen eintreten.

Abg. Henning (Wstl.) warnt vor der Locarno-Pfchose, die uns in das Anglied bringe. Von wahrer Gleichberechtigung ist im Völkerbund keine Rede. Der Entente ist in ihm der maßgebende Einfluß garantiert.

Damit schließt die Aussprache. In der Abstimmung

die auf Antrag der Deutschnationalen namentlich ist, wird Artikel 1 des Gesetzes, der die Annahme des Sicherheitspactes und der Schiedsverträge feststellt, mit 271 gegen 159 Stimmen angenommen. Dagegen haben die Deutschnationalen, die Kommunisten, die Völkischen, die Nationalsozialisten und ein Teil der Wirtschaftlichen Vereinigung gestimmt.

Vor der Abstimmung über den Artikel 2, der Deutschlands Eintritt in den Völkerbund auspricht, beantragt Abg. Leicht (Bayr. Rp.) die Annahme der folgenden Entschließung: Die Reichsregierung wird ersucht, von der Ermächtigung des Artikels 2 nur Gebrauch zu machen, wenn sich durch weitere Tatsachen die Auffassung der Regierung bestätigt, daß die Gegenseite in den schwebenden Fragen, insbesondere den Fragen der Rheinlande, eine Politik der frieblichen Verständigung verfolgt. Abg. Leicht erklärt weiter, seine Fraktion werde sich bei der jetzigen Abstimmung über den Artikel 2 der Stimme enthalten. Die Entschließung kann erst in der dritten Beratung am Freitag zur Abstimmung kommen.

Namentlich wird darauf abgestimmt über einen Antrag der Deutschnationalen,

der dem Artikel 2 folgenden Absatz anfügen will: Zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bedarf es eines besonderen Gesetzes. Der Antrag der Deutschnationalen wird mit 242 gegen 169 Stimmen bei 19 Enthaltungen abgelehnt. Der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung, der inhaltlich dasselbe besagt, wie der eben abgelehnte Antrag der Deutschnationalen, wird in namentlicher Abstimmung mit 245 gegen 179 Stimmen bei 19 Enthaltungen abgelehnt.

Artikel 2 wird in einfacher Abstimmung angenommen, ebenso Artikel 3, wonach das Gesetz mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft tritt.

Damit ist die zweite Beratung der Vorlage erledigt. Gegen 8 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag 12 Uhr. Dritte Beratung der Locarnovorlage.

## Locarno-Unterzeichnung durch Minister.

Die Abreise der deutschen Delegation.

Es steht nunmehr fest, daß die Unterzeichnung des Pactes von Locarno nicht von den Volksgastern in London, sondern von den verantwortlichen Ministern der am Pact beteiligten Länder vorgenommen wird. Der tschechische Außenminister Dr. Benesch reist am 28. November, der polnische Ministerpräsident bereits am 27. November nach London. Auch Briand wird nach London reisen, um die Verträge von Locarno zu unterzeichnen.

Für Deutschland werden Reichskanzler Dr. Luther und Außenminister Dr. Stresemann die Unterzeichnung des Pactes vornehmen. Die deutsche Delegation, die nur aus wenigen Köpfen bestehen wird, wird sich spätestens am Sonntag nach London begeben.

## Briand wieder auf der Ministerfuche.

Paris, 26. November. Nachdem Herriot die Bildung des neuen Kabinetts abgelehnt hat, ließ der Präsident der Republik Briand zu sich bitten und trug ihm wieder die Regierungsbildung an. Briand hat den Auftrag angenommen. Wie er erklärte, habe er angesichts der gegenwärtigen Lage nicht geglaubt, seine Unterstützung versagen zu können. In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß Briand versuchen werde, ein Kabinet ohne Beteiligung der Sozialisten zustandezubringen.